



Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis monatl. M. 1.80, vierteljährl. M. 5.40.
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Vertriebe 5.40.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 7.— M. u. Strotent 10.— M. bei der
Oberamtspostkasse Neuenburg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren
Raum M. 18.—, auswärts M. 20.—, u. Kellame-
zeile M. 50.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden
jeweils 10 M. mehr berechnet. Schluss der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.



Nummer 272

Freitag 179

Wildbad, Montag, den 20. November 1922

Freitag 179

57. Jahrgang

Die Festigung der Mark

Künstliche und natürliche Befestigung

Durch das Gutachten der internationalen Finanzfachver-
ständigen werden die Voraussetzungen zur Festigung der
Mark dargelegt, wobei als erste Voraussetzung die „baldige
und durchführbare Regelung der Entschädigungsfrage“ vor-
angestellt wird. Dabei ist offenbar zunächst nur immer an
einen Zahlungsausschub für einen bestimmten Zeitraum ge-
dacht — etwa von zwei Jahren — jedoch ohne eine der
Entente zugute kommende internationale Anleihe, die aller-
dings noch immer in den Köpfen der französischen Politiker,
namentlich auch des Herrn Loucheur spukt. Das wichtigste,
was verlangt wird, ist, daß zunächst einmal die deutsche
Mark als Spekulationsgegenstand verschwindet.

Unsere Mark ist krank geworden, weil wir zur Erfüllung
von Entente- und Lohnforderungen, wie der Engländer sagt,
„politisches Geld“ geschaffen haben, während das Wirtschafts-
leben nur aus dem Wirtschaftsvorteil hervorgeht: das Geld
dauert dann, um gesund zu bleiben. Eine Festigung der
Mark kann aber nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn
man nicht bloß künstliche Maßnahmen trifft, sondern wieder
die natürlichen Grundlagen für eine gesunde Währung schafft,
d. h. einer Währung, die nicht der Spekulation zum Opfer
fällt. Zu den künstlichen Maßnahmen wäre vor allem
eine sog. Valutaaufleihe zu rechnen, wenn sie nicht
bloß dazu bestimmt ist, die im Ausland schwimmenden deut-
schen Banknoten aufzulösen. Bei dem fortgeschrittenen
Stand unserer Marktentwertung spielt die im Ausland um-
laufende Mark heute zwar eine gefährliche Rolle, aber nur
solange die Festigung nicht erfolgt. In dem Augenblick,
wo der Wechselkurs der Mark befestigt ist — was schon fürs
erste vielleicht durch Aufheben der Entschädigungslasten ein-
treten dürfte —, bleibt nur das Verhältnis der im Ausland
befindlichen Noten zu dem Notenumlauf im Inland ein zu
berücksichtigender Faktor. Nehmen wir an, daß heute 50
Milliarden Mark deutsche Banknoten (Papiermark) im Aus-
land umlaufen, so wäre das im Verhältnis zu der heutigen
reichlich halben Billion (500 Milliarden Papiermark) Um-
laufsmittel, Banknoten und Darlehensfaktoren, die wir
ausgegeben haben, ein verschwindender Betrag, für den
zwecks Verhinderung des Zurückstromens nach Deutschland,
was bei einer Festigung wahrscheinlich alsbald der Fall ist,
es sich kaum verlohnt, eine Valutaaufleihe einzunehmen, weil
es sich vielleicht nur um 50 Millionen Goldmark handelt
— ein besonderes Eingreifen der Reichsbank wäre dann
auch nicht einmal erforderlich. Die Reichsbank hat schon ein-
mal einen solchen Festigungsversuch auf dringenden Wunsch
der Regierung erfolglos vorgenommen. Obwohl sie mit
starken Mitteln (mit rund 230 Millionen Goldmark), wie
Reichsbankpräsident Havenstein mitteilt, auf dem Devisen-
markt im Sommer einsprang, konnte sie die Abwärts-
bewegung der Mark doch nicht aufhalten. Solange wir für
die Kriegsentuschädigung die Hälfte unserer aus der Waren-
ausfuhr stammenden Devisen hingeben müssen, das sind rund
2 Milliarden Goldmark, kann eine Festigung der Mark über-
haupt nicht erreicht werden.

Neben den äußeren Lasten aber sind auch unsere in-
neren wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, weil
sie den wirtschaftlichen Naturgesetzen zuwiderlaufen, einer
Festigung der Mark hinderlich. Eine endgültige Festigung
kann, nachdem die äußeren Hindernisse beseitigt sind, nur
eintreten, wenn das freie Spiel von Angebot und Nachfrage
wieder in Kraft tritt. Das wird auf alle Fälle eines Tages
eintreten müssen, sonst würden wir wieder eine
günstige Gelegenheit verpassen, um endlich zu „natürlicher
Preisbildung“ zu kommen. Ohne diese natürliche Preisbil-
dung ist aber auch eine Befestigung der Währung unmöglich.

Auf welchem Stand zum Gold die Papiermark end-
gültig befestigt werden soll, hängt auch nicht so sehr vom
Ausland als vom Inland ab. Ein Dollarkurs von 3000
bedeutet das 750fache der Friedenspreise. Ausschlaggebend
kann zuletzt nur die Kaufkraft der Mark sein, für
die nach der Festigung kein Unterschied im In- und Ausland
bestehen kann. Von dem hohen Agio für Devisen, dem
Unterschied zwischen dem Binnenwert der Mark und ihrem
Außenwert, können wir nur herabkommen, wenn die Kauf-
kraft der Mark im Inland erst einmal, abgesehen von den
kleinen Marktschwankungen, sich zu befestigen beginnt. Eine
solche Befestigung der Löhne und Warenpreise, die ohne
Personenbeschränkungen nicht abgehen dürfte, ist als natü-

liche Festigung zu bezeichnen. Damit würde Hand in
Hand gehen ein Aufheben der Vermehrung der papiernen
Zahlungsmittel, wenn auch Reich und Bundesstaaten in ihren
Ausgaben sich nur nach den Einnahmen zu richten hätten,
ganz gleich, aus welchen Quellen diese Gelder fließen, ob
aus Steuern oder Anleihen. Die Zeit des „politischen Gel-
des“ wäre vorüber, es würde nur noch aus der Arbeit ent-
standenes Geld umlaufen.

Erst wenn so der natürliche Wert der Mark gefunden
wäre, oder vielmehr sich eingestellt hätte, könnte an eine
Neuregelung unserer gesetzlichen Währung gegangen werden,
d. h. an eine neue gesetzliche Festlegung des Werts der
Papiermark zum Gold. Diesen neuen Goldwert unserer
Währung aber festbleibend zu halten, oder zu schälen, dafür
fordert nun das Gutachten der Finanzfachverständigen ganz
besondere Maßnahmen: die Schaffung einer „unab-
hängigen Währungsstelle“. Die neue Mark soll
damit unter den Schutz einer internationalen Währungsstelle
gestellt werden, die unter Mitwirkung der Entschädigungs-
kommission zustande kommen soll. Ein internationales
Bankensyndikat mit einem Kapital von 500 Millionen Gold-
mark wird begründet und seitens der Reichsbank soll ein
gleicher Betrag (der durch Verpfändung eines Teils des
Goldbestands, der rund eine Milliarde beträgt, zu beschaffen
wäre) zur Verfügung gestellt werden. Mit dieser Milliarde
Goldmark soll die Währung gesichert werden. Obwohl der
Goldbestand der Reichsbank die heute ausgegebenen Noten
mit dem zwei- bis dreifachen deckt — auf diese noch nie da-
gewesene Lage einer zusammengebrochenen Währung weist
das erste Gutachten besonders hin —, halten die Finanzfach-
verständigen doch eine unabhängige Währungsstelle für not-
wendig. Das ist das traurigste Zeichen des zerstörten Ver-
trauens.

Es wird sich alsbald zeigen, ob die Entente für eine
Festigung der Mark wirklich ein so lebhaftes Interesse hat
oder ob sie es in erster Linie auf die völlige Erledigung
Deutschlands als wirklichen Konkurrenten abgesehen hat.
Den Engländern liegt in dieser Beziehung an einem „toten
Deutschland“ vielleicht mehr als den Franzosen, die schließlich
von uns noch große Einnahmen erwarten. Denn zuletzt
liegt den Franzosen wohl noch mehr an politischer Be-
herrschung Deutschlands, weil sie dann erst recht aus Deutsch-
land das herausziehen zu können vermehren, was sie von uns
jetzt nicht erlangen können. Die Aufnahme der Vorschläge
der Finanzfachverständigen in Paris wird ein Merkmal ab-
geben für die Absichten der Entente.

Deutscher Reichstag

Berlin, 18. November.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des An-
trags Hergt (D.Nat.) auf Ermäßigung der Anzeigen-
steuer. Der Auswahlantrag wird in zweiter und dritter
Lesung angenommen.

Die Novelle zum Gewerbe- und Kaufmannsge-
richtsgesetz, durch die die Zuständigkeitsgrenze der Geld-
entwertung entsprechend erhöht werden soll, wird nach kur-
zer Aussprache in allen drei Lesungen mit der Maßgabe an-
genommen, daß die Geldgrenze für die Zuständigkeit auf
840 000 M. erhöht wird.

Sodann wird die Aussprache über die neue Geschäfts-
ordnung des Reichstags zu Ende geführt. Abgelehnt wird
ein Antrag der Deutschnationalen, der auch von der Mehr-
heit der Deutschen Volkspartei unterstützt wurde, wonach der
Reichstagspräsident mit seiner Wahl aus seiner
Fraktion auszuscheiden habe. Das Haus nahm eine Reihe
von Paragraphen ohne Erörterung an, ferner einen Antrag
der Volkspartei auf Einsetzung eines Ausschusses für Ver-
kehrsangelegenheiten.

Wieder eine Heerde Poincarés

Paris, 19. Nov. Auf verschiedene Anfragen über die äußere
und innere Politik der Regierung ergriff Ministerpräsident
Poincaré das Wort. Er hob, daß ein Einverständnis über
die Entschädigungsfrage zwischen den Verbündeten noch vor
der Brüsseler Konferenz erzielt werde. Die Zahlungs-
fähigkeit Deutschlands sei durch den neuen Mark-
kurs gewiß verringert, aber diese Lage sei auf deutsche
Wachstumschancen zurückzuführen und könne rasch ver-
bessert werden. Deutschland habe auf seinen Herrschaftsraum
noch nicht verzichtet, es habe alles getan, um den Welt-
markt wieder zu erobern und der niedere Markkurs habe
es seinen Industriellen ermöglicht, sich in standstarker Weise
zu bereichern und zu Preisen zu verkaufen, denen kein Wett-
bewerb gewachsen sei. Deutschland habe den Staat plan-
mäßig ruiniert und seine Bürger bereichert. Auf der Londoner

Konferenz im August habe er als Gegenleistung für den
Zahlungsausschub greifbare Pfänder und die Ueber-
wachung gefordert; die letztere habe England gebilligt, über
die Pfänder habe es sich ausgeprochen. Unter diesen Um-
ständen habe er vorgezogen, mit leeren, aber freien
Händen nach Paris zurückzukehren. Ein jüngst von England
(Bradbury) gemachter Vorschlag, seine Vertrauen zu Deutsch-
land voraus. Aber wie könne man Vertrauen zu
den Vanden haben, das nie die aufrichtige Absicht gehabt
habe, seine Schuld zu bezahlen. Das Reich könne weder mit
Papier noch mit dem Gold der Reichsbank bezahlen, aber es
könnte einen vernünftigen Sachleistungsplan ausfüh-
ren, es könnte seine Industriellen und Geldleute veranlassen,
einen Teil der ausländischen Devisen, die sie
im Ausland besitzen, nach Deutschland zurückzu-
führen, und es könnte Anleihen aufnehmen. Aber mit
Bitten erreiche man mit Deutschland nichts. Die Stunde
sei gekommen, in der die Verbündeten einig sein müssen
über die Zwangsmittel angesichts der Verfehlungen
Deutschlands. Nach Kriegsschluss habe das Deutsche Reich plan-
mäßig die Zahl seiner Beamten und Staatsange-
stellten erhöht und das Geld auf jede Weise mit vol-
len Händen ausgegeben, ohne neue Steuern ein-
zuführen, ja ohne die bestehenden Steuern einzuziehen. Es
habe von der Banknotenpresse gelebt. Es könne also
nicht behaupten, daß der Marksturz von den ungeheuren Ent-
schädigungsschulden und den Zahlungen verurteilt sei. Die Ur-
sache sei in der Unordnung des Reichshaushalts zu suchen, die
Reichsregierung und Parlament gewollt oder geduldet haben.
Werer nicht die Ueberwachung durch die Entschädigungs-
kommission ausgelastet, wisse man nicht, woran man sich zu
halten habe. Die Pfänder, die Frankreich für die Sicher-
heit seiner Forderungen verlangen müsse, sollen zugleich die
Sicherheit vor einem deutschen Angriff
schaffen (also Länderraub!) D. Schr.). Wenn es nötig wäre,
würden die deutschen Betriebe (Bergwerke und Forsten)
von Frankreich in die Hand genommen. Wegen seiner Kriegs-
opfer könne Frankreich das Vorrecht beanspruchen, aber es
sei ihm verweigert worden. Wenn Frankreich durch das Ver-
fagen Deutschlands ruiniert würde, so wäre das eine Her-
ausforderung des guten Rechts.

Nach einer stürmischen Auseinandersetzung verlangte
Poincaré unter Hinweis auf die Friedenskonferenz in Lau-
sanne die Veriagung der Aussprache um einen
Monat. Die Kammer nahm die Veriagung mit 462 gegen 71
Stimmen an.

Paris, 18. Nov. Der gestern unerwartet von Poincaré
gestellte Veriagungsantrag wird von dem größten Teil der
Morgenpresse als eine Vertrauensstunde für
die Regierung betrachtet, die sie für die bevorstehenden Ver-
handlungen von Lausanne und Brüssel nötig gehabt habe.
Tatsächlich stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Das
„Journal“ schreibt, durch die gestrige Abstimmung habe die
Kammer Poincaré unbefristete Vollmacht für die Verhand-
lungen in Lausanne gegeben und auch für die Verhandlungen
in Brüssel.

Neue Nachrichten

Dr. Hagens tritt zurück

Berlin, 19. Nov. Wie die Blätter melden, wird der Prä-
sident des außerordentl. Staatsgerichtshofs, Dr. Hagens,
zurücktreten und wieder die Leitung eines Senats beim
Reichsgericht übernehmen.

Die Kosten der Landespolizeien

Berlin, 19. Nov. In der Besprechung der verschiedenen
Minister des Innern wurde über die Befestigung einer be-
stimmten Beitragspflicht zu den Kosten der Landespolizeien
verhandelt. Die Reichsregierung erklärte sich zu solchen Bei-
trägen bereit, verlange dagegen ein gewisses Mitbestim-
mungsrecht in Polizeifragen. Da eine Einigung in dieser
Richtung nicht zustande kam, wurde ein Ausschuss zur Prü-
fung der Frage eingesetzt.

Mittelstandshilfe in Bayern

München, 19. Nov. Der Abgeordnete Ditt hat im
bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht zur Hilfe-
leistung für den bedrohten Mittelstand. Der Antrag for-
dert für die erwerbsfähigen Kleinrentner eine gesetzliche
Unterstützung. Kranken- und Erziehungsbeihilfen sollen nach
Möglichkeit angegliedert und die geistigen Arbeiter
aus den Kreisen der Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler, Schrift-
steller und sonstigen freien Berufen einbezogen werden. Dies
soll auch namentlich durch Förderung und Unterstützung der
Selbstversicherungseinrichtungen und sonstiger auf dem Bo-
den der Selbsthilfe sich bewegenden Bestrebungen geschehen.
Für die studierende Jugend soll durch Ausbau der
Studentenbeihilfe, Arbeitsvermittlung, Lehrmittelunterstützung
und andere Erleichterungen etwas geschehen. Endlich soll für
„notleidende, nicht der sozialen Besserung unterliegende

Schlachten unter Wahrung der Bedürfnisse des Verletzten durch Förderung von Selbsthilfsanstalten von Krankenversorgung versorgt werden.

Keine Einigung unter den Verbänden?

Lausanne, 19. Nov. Haas erzählt, die geplante Zusammenkunft der drei Ministerpräsidenten vor der Konferenz sei aufgegeben worden.

Schwierigkeiten in der Kabinettsbildung

Berlin, 19. Nov. Der Bildung des neuen Reichskabinetts durch Geheimrat Cuno stellen sich unerwartete Hindernisse entgegen, daß die Sozialdemokraten die Große Koalition, d. h. das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei, in welcher Form es auch sei, ablehnen. Das Zentrum verharret in seiner Zurückhaltung und verlangt, um den Sozialdemokraten die Entscheidung zu erleichtern, daß es die Fortsetzung der Politik Birchs wünsche. Cuno soll entschlossen sein, wenn die Parteien sich nicht einigen können, den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückzugeben.

Amerika am 19. in der Entschädigungskommission vertreten?

Paris, 19. Nov. „Chicago Tribune“ erzählt, der amerikanische „Beobachter“ in der Entschädigungskommission Boyd habe die Aufforderung des Engländers Balfour, die Finanzüberwachung Österreichs zu übernehmen, mit dem Bemerkten abgelehnt, er könne in diesem wichtigen Augenblick seinen Posten nicht aufgeben. Er habe bestimmt zugesagt, die Vereinigten Staaten in der Entschädigungskommission zu vertreten und er nehme an, daß sich die amerikanische Regierung bald am 19. in der Kommission vertreten lassen werde. Diese Sinnesänderung dürfte ebenfalls auf das Ergebnis der letzten Wahlen in den Vereinigten Staaten zurückzuführen sein.

Eine Minderheitswahl

London, 19. Nov. Die Mehrheit der Parlamentsfraktion im Unterhaus, die die Konservativen bei den Wahlen am 15. d. M. über alle anderen Parteien zusammen erreicht haben, dürfte ungefähr 90 betragen. Trotzdem ist die neue Regierung zahlenmäßig eine Minderheitsregierung; auf die Konservativen wurden rund 5, auf die anderen Parteien rund 8 Millionen Stimmen abgegeben.

Arbeitslosenfrage in London

London, 19. Nov. „Den Blättern zufolge“ veranstalteten am Freitag etwa 25 000 Arbeitslose aus London und der Provinz eine Kundgebung im Hyde Park. Es gelang ihnen, beim Ministerpräsidenten Bonar Law einzudringen. Dieser verwies sie an den Gesundheits- und Arbeitsminister. (Bei der Kundgebung scheint es ziemlich lebhaft zugegangen zu sein, sonst würde wohl der halbamtliche Reuter die Meldung nicht „Den Blättern“ überlassen haben und sich selbst stumm stellen.)

Hinrichtungen

London, 18. Nov. Das Hauptquartier der trischen Nationalarmee in Dublin berichtet, daß gestern früh 4 Personen wegen Besitzes von Revolvern hingerichtet wurden.

In Johannesburg (Südafrika) wurden 2 Teilnehmer an den Unruhen in Johannesburg und in Pretoria gehängt. Sie sangen auf dem Schafott das Lied: „Die Rote Fahne!“ Am Donnerstag war in Johannesburg eine Protestkundgebung abgehalten worden, wobei ein Polizeibeamter von der Menge schwer verletzt wurde. Der Präsident hat alle Begnadigungsversuche abgelehnt.

Überführung des Sultans nach Malta

Konstantinopel, 19. Nov. Reuter meldet, Sultan Mehmed sei mit seinem Sohn Erzogul und sechs anderen Personen von dem englischen Kriegsschiff „Malaga“ nach Malta gebracht worden. Er verweigere die Abdankung.

Der Vorsitzende der Sozialistischen Partei in Konstantinopel ist ermordet worden. — Zwei hervorragende Mitglieder der neugegründeten liberal-konstitutionellen (englisch-freundschaftlichen) Partei in Kairo sind in Kairo durch Revolvergeschüsse schwer verwundet worden.

Ultimatum an China

Paris, 19. Nov. Die Chicago Tribune meldet, die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Italien haben von der chinesischen Regierung (welcher von dreien?) die sofortige Freilassung der 10 Ausländer verlangt, die kürzlich von chinesischen Räubern gefangen wurden. Wenn die Befreiung nicht binnen einer Woche erfolge, werde China öffentlich als „eine von Räubern beherrschte unverantwortliche Nation“ gebrandmarkt werden.

Württemberg

Oberndorf a. N., 19. Nov. Schenkung. Frau Emmy Schmid, eine in der Schweiz verheiratete Tochter des Direktors Doll hier, hat der Stadt 125 000 Mark überwiesen. Davon sollen 100 000 M. für Weihnachtsgaben an bedürftige Leute verwendet werden.

Beffendorf, 19. Nov. Späte Ernte. Dieser Tage hat ein hiesiger Landwirt noch Weizen eingeheimt, der bisher wegen des andauernden Regenwetters nicht geschneitten werden konnte; die Frucht war aber noch keineswegs verdorben.

Mehrstetten, 19. Nov. Rübsen. 18. Nov. Kartoffelsammlung. Eine vom Pfarramt veranstaltete Kartoffelsammlung für die Stadtmision und das Karl-Olga-Krankenhaus in Stuttgart und zugleich für die Anstalten in Bismarck hat 150 Str. Kartoffeln ergeben.

Heidenheim, 18. Nov. Preise für Licht und Heizung. Der Wasserpreis beträgt das 170fache des Friedenspreises, Gas kostet 43 M. pro Kubikmeter, Licht 90 M., Kraft 85 M. für die Kilowattstunde, Grobkraft 920 M., Brechkraft 950 M., Perlkraft 700 M., Grieskraft 550 M. pro Str. ab Gaswerk.

Schwörzberg, 19. Nov. Weihe. Letzten Donnerstag wurde in Anwesenheit des Bischofs v. Keppeler die erweiterte Kirche und der neue Hochaltar feierlich eingeweiht. Die Bauten kamen auf rund eine Million zu stehen.

Völklingen, 19. Nov. Mit Nachlassen des Regenwetters kann jetzt erst die Getreideernte vorgenommen werden. Der Hafer ist überhaupt noch nicht vollständig reif, und Roggen und Gerste haben unter der Nässe außerordentlich gelitten. Auch stehen noch viele Kartoffeln im Boden.

Vokales.

Wildbad, den 20. Nov. 1922.

Gegen Diebstahl. Unsere Forstbeamten und Landjäger kämpfen z. St. mit Energie und Umsicht gegen die in den Waldungen der hiesigen Gemeindegemarkung allgemein überhand nehmenden Diebstähle, die sich zu einer immer drohenden Gefahr, nicht nur für geschlagene, sondern auch für stehende Holz auszuweiten. So konnten in letzter Zeit unter richtiger Leitung zwei besonders große Fälle

aufgeklärt werden. In dem einen Fall haben drei hiesige junge Leute, an einer Stelle im Stadtwald beim Lottbaumsteig bei Nacht nicht weniger als 10 Tannen mit einem Stockdurchmesser bis zu 30 cm schlanke weg umgefällt, das so erbeutete Holz nach Hause geschafft und dann als Papierholz an den Holzhändler R. S. hier zu 33 000 M. verkauft. In dem anderen Fall haben zwei andere hiesige Jünglinge sich im Stadtwald beim großen Hang ca. 6 Tannen, ebenfalls mit einem Stockdurchmesser bis zu 30 cm, auf die gleiche Weise zugelegt, die einen geeigneten Abnehmer in der Person des Holzhändlers E. R. hier gefunden haben, der den Tälern 10 000 M. pro Rm. bezahlt hat. Der dadurch im Stadtwald angerichtete Schaden übersteigt das Hunderttausend. Nach vollbrachter Arbeit haben sich die Beteiligten mit dem Ertrag ihrer Leistungen ordentlich in Alkohol und Zigaretten dampf getaucht. Sie sehen ihrer gebührenden Strafe entgegen. Das gestohlene Holz konnte noch sichergestellt werden. — Als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Missetaten, wäre die Unterjagung des Handels für solche Händler, welche gestohlene Hölzer zusammenkaufen und dadurch zu den Diebstählen anreizen, die vor den Augen darrender Volksgenossen Millionen einheimen, angezeigt.

— Der Evang. Kirchenchor, der im letzten Winter unter der hingebungsvollen und künstlerischen Leitung von Herrn Musikdirektor Franz neu aufgeblüht ist, soll weitergeführt werden. Am Dienstag, den 21. Nov. abends 8 Uhr, findet im Musiklokal (Lebensmittelamt) eine Versammlung statt, zu der alle Mitglieder eingeladen sind. Hoffentlich empfinden es nicht nur die verehrlichen Sängerinnen sondern auch eine angemessene Zahl stimmbegabter und sangeskundiger Männer als Ehrenpflicht, bei dieser schönen Sache mitzutun.

Ratschläge für die Behandlung der Kartoffeln. Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft bittet um Verbreitung nachstehender Ratschläge für die Behandlung der Kartoffeln diesjähriger Ernte: Die etwas geringere Haltbarkeit der Kartoffeln infolge der nassen Witterung dieses Jahrs birgt Verlustgefahren in sich, die bei achtsamer Behandlung durch „aus vermeiden“ werden können. Man lagere die Kartoffeln trocken und kühl und nur unter milder Belichtung. Man vermeide möglichst direktes Tageslicht, Nässe sowie warme und bunte Luft rufen Fäulnis hervor; deshalb achte man darauf, daß die Temperatur im Lagerraum nicht 10 Grad Celsius übersteigt; also vor allem Vorsicht bei Zentralheizung. An frostfreien Tagen lüfte man für gute Lüftung. Die Lagerung muß lose und luftdurchlässig sein; nicht höher als 50 Zentimeter aufschütten! Keine geschlossenen Kisten oder Säcke! Die Kartoffeln lagern am besten auf Rattenrosten. Also möglichst nicht unmittelbar auf dem Fußboden, auch nicht zu dicht an der Wand! Verlegte und kranke Knollen suche man vor der Lagerung heraus zu sofortigem Verbrauch. Dann ist die Fäulnisgefahr bei Befolgung der Ratschläge nicht zu befürchten. Solange die Kartoffeln sich gesund zeigen, lasse man sie in Ruhe. Unnötige Störung schadet nur. Zeigen sich kranke Knollen, müssen sie sorgfältig mit der Hand ausgelesen werden, wobei unnötiges Werfen und Stoßen der Kartoffeln zu vermeiden ist!

Der Evangelische Presserat trat am 16. November unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten a. D. Dr. von Hegel in Berlin zusammen. Der Bericht des Geschäftsführers, Direktor Hinderer, wies darauf hin, daß bereits zahlreiche christliche Blätter eingegangen seien, das große Sterben komme aber erst. Rettung sei zu suchen durch Organisation oder Selbsthilfe sowie Einleitung eines besonderen Hilfsunternehmens. Nach Vortrag verschiedener Gutachten und einer lebhaften Aussprache wurde beschlossen, eine Kredit- und Einkaufsgenossenschaft zu gründen. Die kirchlichen Regierungen wurden gebeten, möglichst überall den 10. Dezember zu einem Pressesonntag mit nachfolgender Werbeweche für die evang. Presse zu bestimmen. Der Reichstag wurde ersucht, die Rückvergütung auf den Papierpreis auch den christlichen Volksblättern zu gewähren. Die gesamte evangelische Bevölkerung wurde aufgerufen, kein christliches Blatt untergehen zu lassen.

Illerlei

Die Verschleuderung des deutschen Vermögens. Eine Verfügung der italienischen Regierung bietet 12 ehemalige deutsche Gasthöfe am Gardasee öffentlich zum Verkauf aus. Darunter ist lt. „Freib. Tagesp.“ auch das Hotel Elisabeth, das sich vor dem Krieg im Besitz des Freiburger Caritasstifts befand.

Der Monatslohn eines Bäckergehilfen in Groß-Berlin wurde durch Schiedsspruch auf 42 000 M. festgesetzt.

Gegen die Ueberfremdung der Schweiz. Von der schweizerischen Bevölkerung von 3 880 000 Einwohnern sind 405 000 Ausländer. Zur Vermeidung einer weiteren Ueberfremdung will der Bundesrat davon jährlich 12 000 Personen naturalisieren, und zwar rund 5000 durch Zwangseinkürperung (Kinder, deren Mütter vor ihrer Geburt Schweizerinnen waren) und 7000 durch freie Naturalisation auf Grund von Gesuchen.

Der Briefverkehr in den Vereinigten Staaten ist groß. Nach amtlichen Angaben fallen durchschnittlich mit jedem Sekundenschlag während jeder Stunde im Jahr 389 Briefe in die Briefkästen; das gibt 23 224 Briefe in der Minute oder rund 1 400 000 Briefe in einer Stunde.

Schöner Fischpreis. Ein Fischer in Lörach fing dieser Tage einen Rheinlachs, wofür ihm in Basel 5 Franken für das Pfund, zusammen 36 500 Mark bezahlt wurden.

Militärfeuer in Ungarn. Da durch den Friedensvertrag von Trianon die allgemeine Wehrpflicht in Ungarn abgeschafft ist, will die Regierung eine Militärfeuer einführen, die jeder männliche Staatsbürger vom 20. bis 30. Jahre zu zahlen hat.

Die Saatkrähe als Helfer. In der Nähe des ungarischen Ortes Törökkanizsa traten im Frühjahr kleine schwarze Grillen in ungeheuren Mengen auf. Sie erschienen ganz plötzlich und bedrohten in ernster Weise die großen Tabak- und Kürbisanzüchtungen der Gegend. Zum Glück wurden aber aus der Umgebung zahlreiche Saatkrähen angelockt, die Tag für Tag den Grillen nachstellten und tüchtig unter ihnen aufräumten, da sie sich fast ausschließlich von ihnen ernährten. Sonst trieben die Krähen in den nahegelegenen Maisfeldern ihr Unwesen und mußten durch Schreckschüsse verjagt werden; solange aber die Grillenplage anhielt, brauchte auf den Feldern nicht ein einziger Schuß abgegeben zu werden. An der Grillenverteilung beteiligten sich auch die weißen Störche in hervorragendem Maße. Durch Fernrohrbeobachtung wurde festgestellt, daß ein Storch in

der Minute 25—30 Grillen aufnahm. Auf die Tätigkeit der Vögel ist es in erster Linie zurückzuführen, daß von den Schädlingen kein großer Schaden weiter angerichtet wurde; denn im Süden des gleichen Gebietes machte sich zur selben Zeit eine Grillenplage bemerkbar, die sehr viel schlimmere Folgen hatte, weil dort die Saatkrähen so gut wie ganz fehlten.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 18. Nov. 7042.50 (6754.20).

Die schwedische Schuld des Reichs ist im ersten Drittel des November um 60,2 auf 663,9 Milliarden Mark Schahanweisungen gestiegen.

Die Einnahmen des Reichs beliefen sich im ersten Drittel des November auf 16,8 Milliarden Mark, sowie 20,07 Milliarden aus der Zwangsanleihe. Die Ausgaben beliefen sich auf 77,1 Milliarden. Zur Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel (Devisen) für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag wurden 22,6 Milliarden Mark aufgewendet. Die Post lieferte 16,3 Milliarden ab, während die Eisenbahn einen Bedarf von 28,5 Milliarden hatte.

Polnische Getreide. Die polnische Regierung wird im laufenden Jahr die Ausfuhr von 100 000 Tonnen Getreide und 100 000 Tonnen Hafer zur Ausfuhr nach Deutschland freigeben.

Verarbeitung von Zuckerrüben im Deutschen Reich. Im ersten Monat des neuen Betriebsjahres, im September, sind im Deutschen Reich rund 300 000 Str. rohe Rüben verarbeitet worden, gegen 538 000 Zentner im September 1921.

Die Not der Schweizer Uhrenindustrie. Der Schweizer Bundesrat hat der notleidenden Uhrenindustrie zur Erleichterung der Ausfuhr in valaischschwache Länder einen gewissen Kurs garantiert, der über dem jeweiligen Tageskurs der betreffenden fremden Währung steht. Die französische Regierung hat nun aber auf Veranlassung der französischen Uhrenindustrie gegen diese Unterstützung Einspruch erhoben und mit einem entsprechenden Zuschlag gedroht. Die Schweizerische Uhrenindustrie ist demzufolge genötigt, bei dem Kursstand des französischen Franken (1 franz. Fr. gleich ein starkes Drittel des Schweizer Fr.) auf die Ausfuhr nach Frankreich zu verzichten.

Arbeitslose in der Schweiz. Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen in der Schweiz beläuft sich Ende Oktober 1922 auf 48 218, wovon 16 581 unterstellt werden. Teilweise Arbeitslose waren zu diesem Zeitpunkt 21 585.

Neue Robelpreise. Für das 3. Vierteljahr des Monats November (16. bis 23. 11. 22) erfahren die Robelpreise auf Grund der Kurs- und Kokskaufel eine neue Erhöhung und zwar in folgenden Ausmaßen: Samait um 48 122 auf 143 365, kupferarmes Stabeisen um 48 122 auf 142 697, Stabeisen III um 30 831 auf 110 173, Stabeisen III um 30 831 auf 110 103, Siegerländer Stabeisen um 28 714 auf 102 034, M. Stabeisen um 33 638 auf 110 694, Siegerländer Stabeisen um 30 003 auf 105 405, M. Stabeisen um 38 765 auf 105 014, M. Stabeisen um 49 536 auf 141 005 M.

Erhöhung der Stickstoffpreise. Die mit Wirkung ab 16. Nov. beschlossene Erhöhung der Kokspreise hat eine entsprechende Erhöhung der Stickstoffpreise im Gefolge. Die neuen Preise für Stickstoffbinder betragen für alle Abladungen vom 16. November ab das Kilogramm Stickstoff: im schwefelsauren Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen, 822,60 M., im salzsauren Ammoniak, nicht gedarrt und nicht gemahlen, 822,60 M., im gedarrt und gemahlen 842,30 M., im salzsauren Ammoniak 822,60 M., im Kaliammonialsulphat 822,60 M.; daneben wird der Kalkgehalt mit den für Kalk in Chorkalkum für die jeweilige Abladung geltenden Preisen in Rechnung gestellt, im Kaliammonialsulphat 992,50 M., im Kalkstickstoff 731,90 M. Die neuen Stickstoffpreise betragen bei dem heutigen Stand der Mark nur etwa ein Drittel des Weltmarktpreises.

Weitere Mehlpreiserhöhung. Der Reichspreis für Weizenmehl Spezial 0 wurde heute von den Süddeutschen Mühlen weiter von 48 300 auf 47 300 M. für den Doppelzentner herabgesetzt.

Auf der Frankfurter Zentralbörse wurden 300—350 v. H. höhere Preise für alle Sorten bezahlt, als im Oktober. Die erzielten Preise entsprachen ungefähr den bei der letzten Leipziger Versteigerung gezahlten, sind aber teilweise noch höher. Die Angebote erfolgten flott.

Markte

Vom Eiermarkt. Berliner Markt 45—55 000 M. Schaffner 16—52 000 M., Oldenburger 44—50 000 M., Schaffner Markt 44 bis 51 000 M., Süddeutscher 40—53 000 M., Westdeutscher 53 bis 60 000 M.

Berliner Kartoffelnotierungen. Die Berliner Notierungskommission für Kartoffeln notierte am 17. November folgende Preise (in Mark für 50 Kg.): Speisekartoffel weiße und rote 450—480 M., gelbschmelzige 350 M. (Erzeugerpreise ab märkischen Stationen).

Nürtingen, 18. Nov. Schafmarkt. Dem Schafmarkt waren 1180 Stück zugeführt. Verkauf wurden 498 Stück. Es hielten: Sammel 20 000—23 000 M., Lämmer 11 500—17 500.

Sitzung des Gemeinderats

am 21. November 1922, nachmittags 5 Uhr.

Tagesordnung:

1. Erweiterung des Elek.-Werk durch Anschaffung eines Dieselmotors.
2. Erhöhung der Hundesteuer.
3. Erhöhung der Schlachthausgebühren.
4. Verschiedenes.

Kurverein Wildbad.

Am Montag, den 20. ds. Mts., abends 8 Uhr findet im Gasthof zum „Hafen“ die

ordentliche General-Versammlung

statt mit folgender Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
2. Wahlen.
3. Erhöhung des Mitgliedsbeitrages.
4. Verschiedenes.

Dieszu werden unsere Mitglieder freundlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Achtung! Mitglieder, Achtung!

Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend die Zuckerkarten sofort im Laden abzuliefern, damit es uns ermöglicht wird, den Zucker noch in dieser Woche auszugeben. Infolge rechtzeitiger Eindeckung mit Zucker sind wir in der Lage auf jede von unseren Mitgliedern abgegebene Zuckerkarte 1 Pfd. freien Zucker zu verteilen.

Konsumverein.

Sanger,
transp. Schnuller.

A. u. W. Schmit. Med.-Drogerie.

Bienenhonig, Kunsthonig,
Marmelade,
empfehlen

Karoline Bender & Söhne.